

Langfristig fehlt der Schweiz Strom

Die Expo-Spitze will ihr Image des «Atom- und Gaskraft-Konzerns» abstreifen. Der neue Markenauftritt soll diesen Neuanfang optisch unterstreichen. Die Mutation hin zum «grünen Energiedienstleister» schränkt hingegen den Lösungsraum der immer dringlicher werdenden Stromversorgungslücke ab Winter 2025 ein (NZZ 17. 1. 22).

Um dem von der Elcom und aus bürgerlichen Kreisen angesagten Zeitdruck auszuweichen, setzt der Axpo-Chef Christoph Brand erstens auf den politischen Minimalkonsens: Subventionen für Photovoltaik, Wind und Wasserkraft inklusive Beschleunigung der Bewilligungsverfahren – dies in beinahe symbiotischem Einklang mit der Uvek-Chefin Simonetta Sommaruga.

Zweitens kann Brand die wesentlichen technologischen Zukunftsent-scheide elegant auf 2040 und später verschieben. Möglich ist dies durch politisch wohlgefällige Szenarien und Modellrechnungen von Bund und Branche sowie Gefälligkeitsgutachten direkt profitie-render Lobbys, welche unbeirrt der ge-sicherten Umsetzung der «Energies-trategie 2050» das Wort reden – wie lange noch? Der Hauptauftrag der Axpo ge-mäss der Eignerstrategie besteht darin, «einen wesentlichen Beitrag zur Strom-versorgung der Schweiz zu leisten».

Es obläge jetzt der Konzernführung auf dieser Basis, konkrete Projekt-planungen auch für die Wintermonate auszulösen, zu entwickeln und Politik und Öffentlichkeit innert Jahresfrist zu präsentieren. Entsprechende Vorarbeiten sind vorhanden. Im Sommer verfügt die Schweiz schon heute und ohne Sonnenstrom über einen grossen Strom-überschuss, wie die meisten europäi-schen Länder.

Martin Saxer, Horgen

«Freiheit beginnt im Kopf»

Die Schlussfolgerung in Eric Gujers Artikel («Freiheit beginnt im Kopf» NZZ 22. 1. 22), das pandemische Denken erkläre das Coronavirus zum einzig-artigen Sonderfall und setze Covid nicht in Relation zu anderen Krankheiten, er-scheint mir nicht zu Ende gedacht.

Tod durch Rasen, Rauchen, Übergewicht und Bewegungsmuffelei ist zwar vermeidbar, mitnichten ist es aber so, dass der Staat hier die Schwächsten nicht schützt. Vielmehr differenziert die Gesellschaft und mithin der Staat. Soweit Tod durch Rasen, Rauchen, Übergewicht und andere Krankheiten nur den Betroffenen selbst tangiert, reagiert der Staat nicht.

Aber überall dort, wo Dritte davon betroffen sind, belegt der Staat die Gefährdung der anderen durch Sanktionen. Rasen ist unter Strafe gestellt und schützt den unbeteiligten Verkehrsteilnehmer, Gäste in Restaurants werden vor Nikotin geschützt, wer an Aids er-

krankt und ungeschützt verkehrt, unterliegt ebenso der Strafnorm.

Da diese Art des Schutzes von Dritten mittels des Strafrechts bei einer Pandemie nicht regelbar ist, bleibt der Gesellschaft und dem Staat nichts anderes übrig, als auch hier den Schwächsten Schutz in der Pandemie zu gewähren. Daher wird der Rat, zu lernen, die Pandemie zu vergessen, der Problematik nicht gerecht.

Norbert Heimann, D-Bergisch Gladbach

Ein Satz ist besonders hervorzuheben in diesem ausgezeichneten Artikel von Eric Gujer: «Die Folgen werden auch dann noch spürbar sein, wenn Corona nurmehr eine ferne Erinnerung ist.»

Covid-19 wird bald Geschichte sein, auch als eine Pandemie und eine Epoche, die der Kommunikation grössten Auftrieb gab. Die überbordende Kommunikation wird vermutlich erhalten bleiben. Auf der ganzen Welt berichtete Experten, Politiker, Behörden, Korrespondenten 24/7 über die Pandemie.

In den Talkshows waren die Berufs-eliten vertreten und erklärten Sachverhalte, nach denen niemand gefragt hat. Das wird Fortsetzung finden, vielen hat diese Pandemie Bedeutung, Beschäftigung und Inhalt gegeben.

An die Stelle von Machen tritt in vielen Bereichen allein die Kommunikation. Auch wenn damit kein Problem gelöst wird.

Ernst Seiler, Muri bei Bern

«Realpolitik und die Ukraine-Krise»

Die Realität ist nicht der ukrainische Nationalismus, sondern der legitime Wunsch, sich von den Russen nicht noch einmal schlucken zu lassen (Gastkommentar, NZZ 26. 1. 22).

Vor allem am ideologischen Rand gibt es auf beiden Seiten ein relativ positives Russlandbild, doch die Realität präsentiert sich anders. Offensichtlich soll durch Zerwürfnisse und entsprechendes Einschreiten in den ehemaligen Sowjetrepubliken so etwas wie der frühere Status mit russischer Hegemonie wieder hergestellt werden.

Doch auch die Ukraine ist ein autonomer und souveräner Staat und kann Bündnisse mit wem auch immer eingehen und Raketen, wie Russland, auf ihrem Territorium stationieren, ohne irgendwo anfragen zu müssen.

Martin Behrens, Wien

«Das grosse Rennen um die E-Pick-ups»

Fast täglich liest man Artikel zur Strom-mangellage und dass diese über neue AKW und Gaskraftwerke behoben werden sollte. Die Angebotsseite soll das Problem lösen. Auf der Nachfrage-seite wird insbesondere bei den E-Autos

der Stromkonsum in geradezu absurde Höhen getrieben, wie u. a. der Artikel in der NZZ vom 3. 2. 22 zeigt.

Aber nicht nur US-Hersteller, auch die Europäer bieten reihum E-Autos mit Leistungen bis 600 PS an. Das entspricht Leistungen von Lastwagenmotoren, die Lasten bis – wohlverstanden – 40 Tonnen, nicht nur ein oder zwei Personen, bewegen. Die benötigten Ladekapazitäten und der Ressourcenverbrauch, allein an Kupfer, sind horrend. Wir steuern einmal mehr auf einen klassischen Rebound-Effekt zu.

Die erwartete CO₂-Einsparung durch E-Autos wird durch einen Mehrkonsum an Strom wegen übermotorisierter Wagenflotte wettgemacht. Auch die Nachfrageseite soll einen Beitrag zum Stromverbrauch leisten. Der wird wohl nur durch eine saftige Lenkungssteuer auf die E-Auto-Motorenstärke zu erzielen sein, denn Nachhaltigkeit scheint sowohl bei vielen Produzenten als auch bei Konsumenten der Automobilität ein Fremdwort zu sein.

Bruno Scheier, Stans

Allgemeine Dienstpflicht

Boas Lieberherr und Benno Zogg thematisieren im Gastkommentar vom 19. Januar 2022 eine allgemeine Dienstpflicht. Wir kennen in der Schweiz die Wehrpflicht für Männer. Wäre es im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht zielführender, über eine Verfassungsinitiative die Wehrpflicht für Mann und Frau einzufordern?

Damit liesse sich das Problem der ungenügenden Bestände in der Armee lösen und gleichzeitig die Kompetenzen der Armee stärken. In Friedenszeiten kann ja die Armee durchaus auch Bürgerdienste leisten. Das Ziel muss sein, für die Armee die fähigsten Leute rekrutieren zu können und das «Abschleichen» in den Zivildienst unattraktiver zu machen.

Jürg Dangel, Küsnacht

KORRIGENDUM

zz. · Im Artikel über die Übersterblichkeit in der Schweiz während der Corona-Pandemie (NZZ 10.2.22) war der Titel falsch: Die Übersterblichkeit in diesem Winter war nicht gravierender als im letzten Winter, sondern gravierender als in der ersten Welle. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

An unsere Leserschaft

Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagessleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Bemmo Mattli (bem.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Julia Monn (jum.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehli (hsh.), Angelika Herdegger (hba.), Tobias Gafater (gaf.), David Vonplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.).
Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslér Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).
Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), Niis Pfändler (nii.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.).

Wirtschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Hansuelli Schöchli (hus.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Lorenz Honegger (lho.).
Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlehner (gru.).
Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (stv.), Judith Blage (jbl.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Christof Krapp (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yjr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (lho.), Nadine Landert (lnd.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Manager: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xco.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Philip Küng (phk.), Nikolai Theiltz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Elke Hoppmann (eik.) Simon Huviler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr), Forrest Rogers (fr.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jürg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.).

Produktionsredaktion: Bemmo Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (lye.), Bemmo Brunner (bbr.), Iida Ózpal (ib.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aebly (nae.), Rabeil Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Hunn (huj.), Dominic Nahr (dna.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).
Korrektorat: Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Es fehlen verlässliche Daten

Gastkommentar

von STEFAN FELDER

Die Ausgaben im Schweizer Gesundheitswesen steigen stärker als das Volkseinkommen. Während sich seit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung vor 25 Jahren die Pro-Kopf-Ausgaben um 80 Prozent erhöht haben, ist das BIP lediglich um 43 Prozent gestiegen. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP hat sich im gleichen Zeitraum von 7,1 auf 11,3 Prozent erhöht. Diese Entwicklung hat die Mitte-Partei zur Kostenbremseinitiative be-wogen, über die im nächsten Jahr abgestimmt wird.

Der Bundesrat lancierte kürzlich einen Gegenvorschlag. Da-nach läge es künftig in seiner Kompetenz, «einen Prozentsatz für den maximalen Anstieg der Kosten der Leistungen [...] im Ver-gleich zum Vorjahr» festzulegen. Diese Kompetenz bezieht sich nicht nur auf die landesweiten Leistungen sowie auf Bereiche, für die der Bund zuständig ist (zum Beispiel Arzneimittel), sondern auch auf die gesamten Leistungen und einzelne Versorgungsbere-iche auf Kantonsebene. Es stellt sich nun die Frage nach der statis-tischen Grundlage für diese Entscheide. Die im Auftrag des Bun-desamtes für Gesundheit durch die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich prognostizierte Kostenentwicklung weist keine signifikanten Zahlen aus, und auch in den Kantonen man-gelt es an einer verlässlichen statistischen Grundlage.

Der Bundesrat schlägt weiterhin vor, bei der Festlegung der Kostenziele und der Toleranzmarge vom medizinischen Bedarf auszugehen und namentlich die wirtschaftliche Entwicklung und die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung, die Demografie und

Die Kostenbremseinitiative der Mitte-Partei wie auch der Gegenvorschlag stehen auf tönernen Füßen.

die Morbidität der Wohnbevölkerung, den medizinisch-techni-schen Fortschritt und das Effizienzpotenzial zu berücksichtigen. Wieweit alle diese Faktoren die Kostenentwicklung determinieren, ist in der gesundheitsökonomischen Literatur umstritten. Sicher ist über die lange Frist die wirtschaftliche Entwicklung als Einfluss-grösse relevant. Ein um ein Prozent grösseres BIP erhöht die Ge-sundheitsausgaben um mehr als ein Prozent.

Eine Begrenzung des Wachstums der Gesundheitsausgaben auf jenes des BIP ist nicht nur fragwürdig, sondern auch nicht durch-setzbar. Deutschland schrieb die Lohnbeitragsstabilität bereits 1992 ins Gesetz, genutzt hat es wenig. Der Beitragssatz ist seit-her von 13 auf 15,9 Prozent angestiegen. Ursächlich hierfür ist die Zunahme der Einkommen, die neue Ansprüche schafft und den technischen Fortschritt in der Medizin befeuert. Eine Beschrän-kung der staatlich garantierten Versicherungsdeckung dagegen ist möglich und nach Art. 41 der Bundesverfassung auch geboten, der staatliches Engagement subsidiär vorsieht, «in Ergänzung zu per-sönlicher Verantwortung und privater Initiative».

Zudem ist die Kontrolle der Mengen- und Kostenentwicklung in den einzelnen Bereichen der Gesundheitsversorgung keine Auf-gabe, die man den Kantonen und Verbänden von Versicherern und Leistungserbringern übertragen sollte, wie es der Bundesrat fordert. Das ist Aufgabe der einzelnen Versicherer. Diese müssten auch die Instrumente zur Verfügung haben, Tarife eigenverantwortlich zu ge-stalten und einzelne Leistungserbringer für Minder- und Überleis-tungen zu ahnden. Hier steht der Vertragszwang – jeder zugelas-sene Leistungserbringer darf zulasten der Krankenversicherung ab-rechnen – im Wege. Dieses Thema wird weder in der Kostenbremse-initiative noch im Gegenvorschlag des Bundesrats angesprochen.

Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltzsch (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.),Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Herrmann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinwirth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm. **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (Mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cn.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Miliz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).
NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochter-gesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; Die Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik-unternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler